Abend-Ausgabe Nr. 548 Dienstag, 22. November 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 2.30, durch Postbezug RM. 2.30 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Versand nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der Führer empfängt Botschafter Coulondre

Beglaubigungsschreiben im Berghof überreicht

Berchtesgaden, 22. November.

Der Führer und Reichskanzler empfing im Berghof auf dem Obersalzberg den neuernannten französischen Botschafter Robert Coulondre zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens seines Vorgängers François Poncet.

Der Botschafter, der mit dem Botschaftsrat, Graf Montbas, und dem neuen Militärattaché, Oberst der Artillerie im Generalstab, Didelet, in Begleitung des stellvertretenden Chefs des Protokolls, Legationsrats von Halem, heute früh 8,43 Uhr auf dem Bahnhof Berchtesgaden eintraf, wurde dort durch den Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei Dr. Meißner und den Chef des Protokolls, Gesandten Freiherrn von Dornberg, begrüßt, und nahm zunächst im Grandhotel kurzen Aufenthalt. Von dort wurde er im Kraftwagen des Führers zum Berghof geleitet, wo ihm eine Ehrenwache der SS-Leibstandarte Ehrenbezeigungen durch Präsentieren des Gewehrs und Trommelwirbel erwies.

Botschafter Coulondre überreichte dem Führer die Schreiben des Präsidenten der französischen Republik mit einer in französischer Sprache gehaltenen Rede, die in Uebersetzung wie folgt lautet:

Herr Reichskanzler!

Ich habe die Ehre, Ew. Exzellenz hiermit das Schreiben zu übergeben, mit dem mich der Herr Präsident der Republik bei Ew. Exzellenz in der Eigenschaft als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter beglaubigt.

Bei der Uebernahme dieser hohen Aufgabe habe ich den Vorsatz, das Werk, dem sich mein Vorgänger gewidmet hat, fortzuführen, und mich dafür einzusetzen, daß zwischen Frankreich und Deutschland dauerhafte und vertrauensvolle Beziehungen bestehen. Beide Völker haben sich oft genug auf dem Schlachtfelde gegenübergestanden, um einander achten gelernt zu haben und zu wissen, daß ihre Kämpfe im Endergebnis fruchtlos geblieben sind.

Im Gegenteil, eine gemeinsame Grenze, zwei einander weitgehend ergänzende Volkswirtschaften, Anerkennung der Vorzüge und der geistigen Eigenart des anderen legen es beiden Teilen nahe, in gutem Einvernehmen miteinander zu leben und auf geistigem wie auch wirtschaftlichem Gebiet fruchtbare gutnachbarliche Beziehungen zu unterhalten. Sie wissen auch, daß sie beide in die europäische Gemeinschaft unschätzbare Werte mitbringen, die sie im Frieden bewahren und durch loyale, zweckvolle Zusammenarbeit in edlem Wettstreit des Verstandes und der Tatkraft noch werden mehren können.

In diesem Sinne nehme ich meine Aufgabe in Angriff und erlaube mir, zu ihrer erfolgreichen Durchführung auf die wohlwollende Unterstützung Ew. Exzellenz und der Reichsregierung zu rechnen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Siedlungsmöglichkeiten für Juden im Empire

Chamberlain: Gouverneure von Tanganjika und Britisch-Guyana sollen sich erklären

London, 22. November.

Im Laufe der Montagssitzung des Unterhauses machte Premierminister Chamberlain auf eine Anfrage hin längere Ausführungen über die Siedlungsmöglichkeiten der jüdischen Emigranten im britischen Weltreich. Er erklärte unter anderem, daß die Gouverneure von Tanganjika und Britisch-Guayana zu Erklärungen in dieser Frage aufgefordert worden seien. Die Möglichkeit einer Ansiedlung, so betonte Chamberlain anschließend, sei jedoch streng begrenzt. Auf eine weitere Anfrage erklärte der Premierminister, daß er sich nur für Großbritannien, nicht aber für die Dominions äußern könne.

Konzentrationslager nun auch in Belgien

Brüssel, 22. November.

Der belgische Justizminister hat der „Nation Belge" eine Erklärung über die Maßnahmen seiner Regierung hinsichtlich der eingewanderten Juden abgegeben. Diese Juden würden der Entscheidung eines Dreierausschusses unterworfen, der je nach dem einzelnen Fall die Aufenthaltsgenehmigung erteile oder nicht. Die zugelassenen Juden müßten sich verpflichten, sich in keiner Weise in die belgische Innenpolitik einzumischen, andernfalls sie sofort ausgewiesen würden. Diese Maßnahme mußte, so führte der Minister aus, getroffen werden, da viele Emigranten sich lebhaft an der marxistischen und kommunistischen Hetzagitation und an den deutschfeindlichen Kundgebungen in Belgien beteiligten. Für die Juden, die keinen Nutzen brächten, seien Konzentrationslager eingerichtet worden. In dem Lager Marneffe fänden 1000 Emigranten Platz, in dem von Merxplas 650. Sie müßten eine Erklärung unterzeichnen, daß sie sich freiwillig in die Lager begeben. Später, so fügte der Minister hinzu, müsse geprüft werden, wie diese ausländischen Juden aus Belgien entfernt werden könnten. Man müsse sich dazu entschließen, die ausländischen Juden schrittweise auszuweisen.

Die „Nation Belge" schreibt, daß das jüdische Problem sehr akut geworden sei. Eine gründliche Lösung müsse gefunden werden, weil die Gefahr bestehe, daß die eingewanderten Juden wichtige Industrien an sich reißen und die belgische Arbeiterschaft schädigten. Diese Sachlage habe unter der belgischen Bevölkerung Feindseligkeiten gegen das Judentum hervorgerufen.

Polnische Selbsthilfe gegen die Juden

Warschau, 22. November.

Das in der letzten Zeit wieder besonders stark in Erscheinung getretene freche Benehmen der jüdischen Zuwanderer in der Stadt Teschen hat die einheimische Bevölkerung zu Abwehrmaßnahmen veranlaßt. In der Nacht zum Sonnabend wurden in beiden Synagogen — eine von ihnen steht auf ehemals tschechischem Gebiet — die Scheiben eingeworfen, ebenso in zahlreichen jüdischen Geschäften. Die Häuserfronten wurden mit großen Plakaten beklebt, die die Inschrift trugen „Kauft nicht beim Juden! Der Jude ist Kommunist und ein Feind jedes Volkes!"

USA-Rüstung in zwei statt fünf Jahren

Roosevelt läßt Tag und Nacht Flugzeuge bauen – Bis 1940 zwölftausend Gesamtstärke

Neuyork, 22. November.

„Herald Tribune" will aus zuverlässiger Quelle in Washington wissen, Roosevelt habe es so eilig mit der Aufrüstung, daß praktisch beschlossen worden sei, innerhalb von zwei Jahren die größte Luftflotte der Welt zu schaffen. Zuerst habe man an ein vier- oder fünfjähriges Bauprogramm gedacht, aber bei den letzten Rüstungskonferenzen im Weißen Hause habe man sich zu dem Entschluß „durchgerungen", weniger Nachdruck auf Konstruktionspläne als auf schnelle praktische Ergebnisse zu legen, um in einer von Kriegswolken verhängten Welt möglichst bald mit einer gewaltigen Wehrmacht auftreten zu können. Geplant sei eine Luftflotte von 12 000 Flugzeugen, davon 9000 für das Heer und 3000 für die Flotte. Nach Ansicht der Flugzeugfabrikanten könne diese Luftflotte in so kurzer Zeit nur gebaut werden, wenn die Fabriken Tag und Nacht durcharbeiten und die Fabrikanlagen erweitert werden. „Herald Tribune" glaubt, daß der Staatshaushalt, der dem Kongreß im Januar vorzulegen ist, die Summe von acht Milliarden Dollar übersteigen werde. Das würde für das kommende Steuerjahr einen Fehlbetrag von anderthalb Milliarden Dollar bedeuten.

Amerikaner foltern einen Neger zu Tode

Neuyork, 22. November.

Aus Wiggins im Staate Mississippi wird ein neuer sensationeller Fall eines Lynchmordes gemeldet. Ein 24jähriger Neger, der angeblich eine Frau bestohlen hatte, wurde stundenlang von einem wilden Haufen der ansässigen Bevölkerung gejagt und gehetzt, bis es ihm schließlich gelang, im Dunkel der Nacht einen Unterschlupf zu finden. Bei Tagesanbruch wurde er aber von der rasenden Menge in einem Lastkraftwagen entdeckt und herausgezerrt. Nachdem der Neger durch allerlei teuflische Quälereien vor Schmerzen wahnsinnig wurde, schleifte man ihn noch unter Peitschenhieben die Straße entlang und knüpfte schließlich den völlig leblosen Körper an einem Baum auf. Irgendwelche Polizeibeamte waren zur Zeit des Lynchaktes weit und breit unsichtbar.

Dieser neue Lynchmord ist bereits der sechste Fall in diesem Jahr, der sich in den Vereinigten Staaten ereignete.

*

Das also zum Beispiel wäre ein Fall amerikanischer Humanität, dem sich tausende ähnliche anfügen ließen. Jeden Kulturmenschen wird diese Art blindwütigen Austobens niedrigster Instinkte mit Ekel erfüllen. Man hat von seiten der freiesten aller Demokratien nicht mit Angriffen auf Deutschland gespart, als einige Juden-Fensterscheiben zersprungen waren. Im Angesicht der in USA schon zum Gewohnheitsrecht gewordenen Lynchjustiz, die mit Rassebewußtsein nach unserer Auffassung nichts mehr zu tun hat, kann man solche Heuchelreden wirklich nur als grobe Unverschämtheit bezeichnen.

Oberst Kapicavili, der als Verbindungsmann zwischen der Faschistischen Partei und dem Ausland auch in Deutschland lebhafte Sympathie genießt, ist an den Folgen eines Sturzes vom Pferd gestorben. Der Verstorbene ist in den letzten Jahren mit zahlreichen führenden Persönlichkeiten des nationalsozialistischen Deutschlands in Berührung gekommen.

Randbemerkungen

Die neue Reichsanleihe

Die Bedingungen für die eben angekündigte neue Reichsanleihe sind dieselben wie für ihre Vorgängerinnen. Aber die Begründung rückt viel mehr den augenblicklichen Zweckcharakter der Anleihe vor, als es früher geschah. Die Anleihe wird nämlich aufgelegt: „mit Rücksicht auf die immer stärker werdende Flüssigkeit des Geldmarktes". Damit ist ein rein wirtschaftlicher Gesichtspunkt stark in den Vordergrund gerückt, während die bisherige Zweckbestimmung lautete: „zur Fortführung der von der Reichsregierung übernommenen Aufgaben". Der Wandel von der politischen auf die wirtschaftlich-finanzielle Zielsetzung ist bemerkenswert. Eine gebundene Wirtschaft verträgt keine überschüssigen Kapitalien, die nach eigenem Ermessen irgendeine Anlage suchen; nicht umsonst hat sich der Sprachgebrauch eingebürgert, daß durch die Auflegung der neuen Reichsanleihen flüssiges Kapital „festgeschrieben wird". Interessant ist folgende Aufstellung: Im Jahre 1936 wurden zwei Anleihen im Gesamtbetrage von 1300 Millionen Reichsmark gezeichnet; im Jahre 1937 waren es bereits drei Anleihen im Gesamtbetrage von 2850 Millionen Reichsmark; und im Jahre 1938 sind es vier Anleihen im Gesamtbetrage von 6150 Millionen Reichsmark. Im Gegensatz zu früheren Anleihen ist bei der jetzt aufgelegten Reichsanleihe von 1,5 Milliarden kein Teilbetrag von einer Gruppe von Geldinstituten fest übernommen; der Gesamtbetrag ist also auf dem offenen Geldmarkt zu zeichnen. Interessant ist noch, daß die neue Anleihe schon aufgelegt wird, ehe noch die Einzahlungstermine für die Oktober-Anleihe abgelaufen sind. Das ist aber auch schon bei früheren Reichsanleihen geschehen und konnte auch geschehen, weil die Zeichner möglichst bald die gezeichneten Beträge auch tatsächlich einzahlen, um dadurch in den sofortigen Genuß der höheren Verzinsung zu gelangen, die weit über den Zinssätzen für tägliches oder kurzfristiges Geld liegt.

Der offenbare Zweck der neuen Anleihe ist, die gewaltigen Beträge abzuschöpfen, die zum Jahreswechsel immer frei werden. Der „Dezember-Ultimo" ist bekanntlich auch der Stichtag für sehr viele Zinszahlungen auf staatliche und gemeindliche Schuldverschreibungen, Pfandbriefe und Hypotheken. Wer also aus Zinseinnahmen zum Jahresschluß überschüssige Beträge zur Verfügung hat, findet eine bequeme und praktische Anlagemöglichkeit in der neuen Reichsanleihe. Darum erstreckt sich die Zeichnungsfrist auch bis zum 9. Januar. Die Einzahlungstermine laufen sogar bis zum 25. Februar, da in der Wirtschaft — auch abgesehen von den Zinszahlungen — nach dem Jahresschluß eine schnelle Geldverflüssigung einzutreten pflegt. Das gilt zunächst einmal für alle Gewerbe- und Handelszweige, die in der Weihnachtszeit ihre Hauptverkaufszeit haben. In der Landwirtschaft ist die Anspannung vorbei, die durch den Zusammenfall von Ernteeinbringung und Neubestellung entsteht. Ein erheblicher Teil der Ernte ist bis zum 25. Februar, dem letzten Einzahlungstermin, schon verkauft oder — wie man vielfach sagt — in Bewegung gesetzt. Die Belastung der Landwirtschaft durch den eigenen Schuldendienst und Betriebsaufwendungen ist zwar erheblich, aber der überaus gute Ertrag vor allem unserer Getreideernte läßt die Hoffnung zu, daß die Landwirtschaft auch bei der Anleihezeichnung stark vertreten ist.

Eine amüsante Lektüre

Die größte Glocke der Welt befindet sich im Kreml zu Moskau. Sie wiegt 201,916 Kilogramm und hat nur einen Fehler: Sie klingt nicht. Zwar stammt sie schon aus älterer Zeit, aber sie mutet an wie ein Sinnbild des bolschewistischen Staates: Ein großes, hohles Gebilde. Noch hohler sind allerdings die sowjetrussischen Phrasen. Doch sie teilen das Schicksal der Glocke: Sie klingen nicht. Man hört in Europa nicht mehr auf sie. Denn durch die unbeirrbare Haltung Deutschlands in den kritischen Septembertagen haben die Sowjets einen Prestigeverlust erlitten, der auch denen die Augen öffnete, die in der Union bislang einen begehrenswerten Bündnispartner gesehen hatten. Das wurmt natürlich die Herren im Kreml; und deshalb versuchen sie, ihre große Kremlglocke zu läuten, das heißt, diesen machtpolitischen Prestigeverlust durch starke Worte wieder wettzumachen. Daß diese Phrasen in erster Linie gegen Deutschland gerichtet sind, daß sie eine offene Drohung gegen das „faschistische Regime" darstellen, ist nur ein Zeichen dafür, welch harte Nuß München den roten Machthabern zu knacken gegeben hat.

Kennzeichnend ist ein Artikel im Organ des sowjetischen Generalstabes, „Roter Stern", der dieser Tage im „Daily Telegraph" wiedergegeben war. Starke Worte sind es, aber nur gar zu deutlich spricht aus ihnen das Bestreben, das erschütterte Vertrauen in die Wehrkraft der Sowjetunion wieder zu festigen. Da heißt es: „Unseren Feinden im Westen und Osten zur Warnung, daß die Rote Armee und das ganze sowjetrussische Volk, im Vertrauen auf seine Stärke und in Erinnerung an die Warnung Stalins über die kapitalistische Einkreisung Sowjetrußlands, niemals unvorbereitet angetroffen werden wird." Dieser Warnung, die völlig sinnlos ist, weil kein Mensch daran denkt, in das Sowjetparadies mit Feuer und Schwert einzubrechen, folgt eine Drohung auf dem Fuße. Man bekommt ordentlich eine Gänsehaut beim Lesen und schüttelt sich. Allerdings nicht vor Angst, sondern vor einem derartigen Gemisch aus kindischer Dummheit und Säbelrasseln. Wir können uns nicht versagen, die offenkundig an die Adresse einer unwissenden Masse gerichteten Darlegungen hier im Auszuge wiederzugeben. Man malt einen Angriff roter Bombengeschwader auf Deutschland aus. Wohlgemerkt, im Blatt des sowjetrussischen Generalstabes! In folgender Weise: „Die Befehle